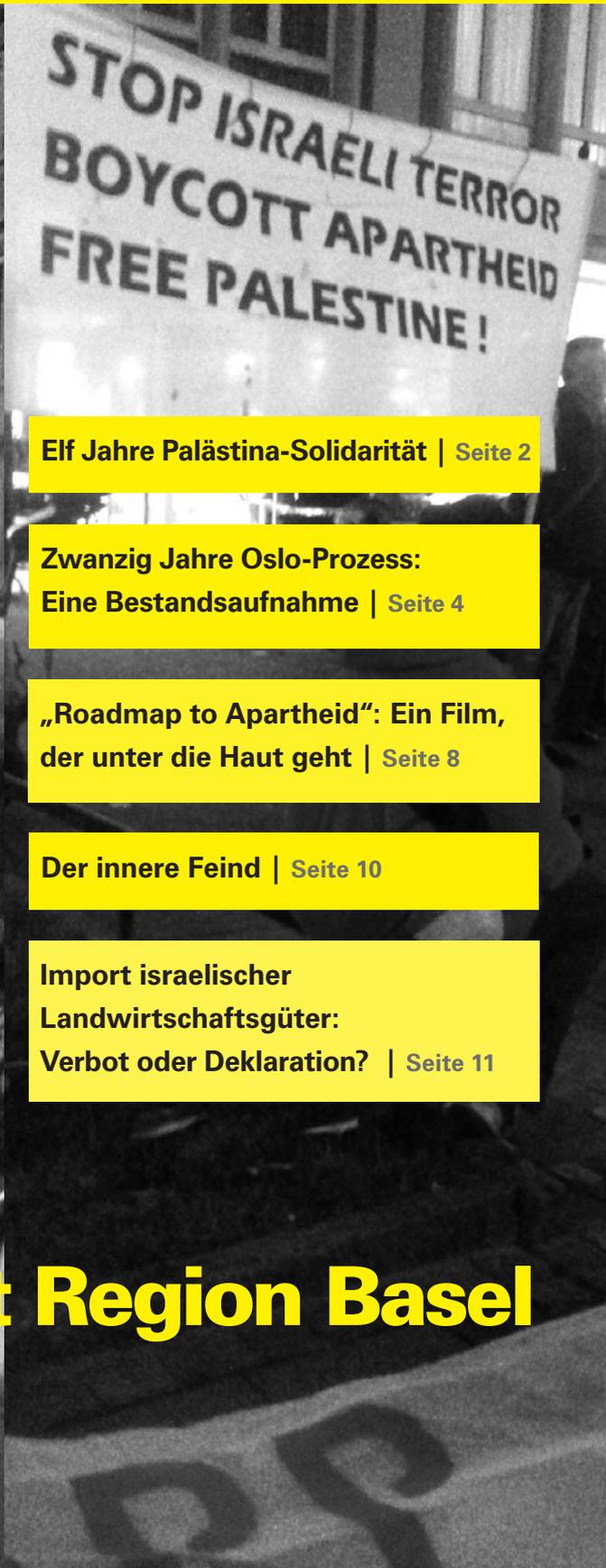




PALÄSTINA-INFO

ZEITUNG DER PALÄSTINA-SOLIDARITÄT REGION BASEL



Elf Jahre Palästina-Solidarität | Seite 2

Zwanzig Jahre Oslo-Prozess:
Eine Bestandsaufnahme | Seite 4

„Roadmap to Apartheid“: Ein Film,
der unter die Haut geht | Seite 8

Der innere Feind | Seite 10

Import israelischer
Landwirtschaftsgüter:
Verbot oder Deklaration? | Seite 11

11 Jahre
Palästina-Solidarität Region Basel
20 Jahre
Oslo-Abkommen

Was kommt nach dem Rückblick?

In dieser Nummer des Palästina-Infos schauen wir zurück auf elf Jahre Palästina-Solidarität Basel (das runde zehnte haben wir verpasst) und die Situation der PalästinenserInnen in den besetzten Gebieten in den letzten 20 Jahren seit den Oslo-Abkommen.

Am Anfang unserer Solidaritätsarbeit haben wir eine kritische Haltung zu den Osloer Verträgen und später zur Genfer Initiative – beides Varianten der sogenannten Zweistaatenlösung – eingenommen. Unsere Befürchtungen wurden durch die Realität übertroffen, wie das Interview in dieser Ausgabe zeigt.

Seit 2005 der palästinensische Aufruf zu Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS) lanciert wurde, waren wir sofort begeistert. Diese Kampagne unterstützt die Rechte der PalästinenserInnen auf Selbstbestimmung, Gleichheit und Rückkehr der Flüchtlinge und trägt zur Klärung wichtiger Aspekte der zionistischen Politik wie Apartheid und Siedlerkolonialismus bei. Verschiedene Artikel sollen anregen, sich in diese Kampagne einzuklinken.



Protest am Kulturfestival Culturescapes Israel

Elf Jahre Palästina-Solidarität

Urs Diethelm



Nakba-Plakat und -Aktion

Am 27. April 2002 wurde das Palästina-Komitee Basel in einem Hinterzimmer des Restaurants Landskronergarten gegründet. 2004 haben wir uns umbenannt in Palästina-Solidarität Region Basel. Die Gründung war im selben Monat, als Ariel Sharon eine Militäroffensive in der Westbank lancierte, um die 2. Intifada niederzuschlagen. Die Bilder des dabei teilweise zerstörten Flüchtlingslagers in Dschenin gingen um die Welt. Verschiedene Komitees, Parteien und Gruppen mobilisierten für eine nationale Protestdemonstration gegen diese Militäroffensive. Die Demonstration war mit 10'000 TeilnehmerInnen die grösste nationale Solidaritätskundgebung mit den PalästinenserInnen bis heute.

Die Osloer Abkommen und die 2003 von Aussenministerin Micheline Calmy-Rey lancierte Genfer Initiative führten zu kontroversen Diskussionen innerhalb unserer Gruppe. Schlussendlich sah eine grosse Mehrheit die verschiedenen Abkommen als weiteren Baustein zur Unterstützung der israelischen Apartheid. Mit der Kampagne gegen die Wiederaufnahme der Rüstungszusam-

menarbeit und der Waffenkäufe zwischen Israel und der Schweiz begann die intensivere Zusammenarbeit mit anderen Solidaritätsgruppen in der Schweiz. Für die nationale Petition sammelten alle gemeinsam 14'000 Unterschriften. Wir starteten den Verkauf von palästinensischem Olivenöl und organisierten für die internationale Solidaritätskarawane mit fast 100 Fahrzeugen einen Empfang mit einem Mittagessen in Basel.

2008 lancierten wir eine Kampagne zu 60 Jahren Nakba (Vertreibung der Mehrheit der palästinensischen Bevölkerung aus dem heutigen Israel im Jahre 1948). Neben einer Grosseauflage des Palästina-Infos machten wir einen öffentlichen Aushang eines Plakates zum Thema und bauten ein Flüchtlingslager auf dem Marktplatz auf. Die bis dahin wenig diskutierte Vertreibung stiess auch in den Medien auf ein grosses Interesse und wurde später von anderen Gruppierungen aufgegriffen. Seit Längerem beschäftigen uns die militärischen Angriffe und die Blockade des Gazastreifens. Wir beteiligten uns u.a. an der Organisation nationaler Demonstrationen,

machten zwei Grossauflagen unserer Zeitung dazu und unterstützten die Hilfsflotte, welche die Blockade durchbrechen wollte. Bekanntlich endete dieser Versuch mit neun Toten.

Neun Jahre Palästina-Info

Im Frühling 2004 erschien das erste Palästina-Info. Was mit 400 LeserInnen begann, wird heute an 1400 LeserInnen in der ganzen Schweiz verschickt. Mit wenigen Ausnahmen erschien das Info halbjährlich. Letztes Jahr haben wir statt der zwei normalen Ausgaben eine 40-seitige Dokumentation über den Jüdischen Nationalfonds (JNF/KKL) herausgegeben. Für die Erarbeitung engagierten wir einen Historiker. Einzel-



Protest in Bern gegen Gaza-Angriff

Schweiz, die diesen Aufruf inhaltlich und praktisch aufnahm. Wir suchten die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen und unterstützten mit einem grösseren finanziellen Beitrag die Gründung von BDS Schweiz, wo heute Gruppen aus praktisch allen Landesteilen mitarbeiten. Die Palästina-Solidarität hat eine spezielle Olivenölmarke (Sumoud) aus der Westbank entwickelt. Der Gewinn des Verkaufs geht an BDS Schweiz. In Basel verkaufen wir das Öl jeden Monat an einem Stand.

Die bisher grösste BDS-Aktion in Basel waren Proteste gegen das

Kulturfestival Culturescapes, das u.a. von der israelischen Botschaft subventioniert wurde. Die fast einjährige Kampagne umfasste einen Aufruf von Kulturschaffenden zum kulturellen Boykott von Israel mittels Protestbriefen beteiligter Organisationen und KünstlerInnen sowie Protestaktionen an den Veranstaltungen. Mit Aktionen vor Lebensmitteläden fordern wir die KundInnen auf, keine israelischen Produkte zu kaufen. Wir halfen bei der Sammlung von 13'000 Unterschriften, die unterdessen an Migros und Coop übergeben wurden.



Monatliche Mahnwache

ne Beiträge verfassten wir selber, einen Beitrag hat das Stuttgarter Palästina-Komitee verfasst. Dieses verteilt die Broschüre in Deutschland, wo verschiedene Gruppen zum Thema JNF aktiv sind (u.a. Proteste gegen die Geldsammlung der SPD für die Pflanzung eines «deutschen Waldes» in Israel).

Acht Jahre BDS-Kampagne

1995 lancierten palästinensische Organisationen einen Aufruf für Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS), bis Israel das internationale Recht und die Menschenrechte einhält. Die Palästina-Solidarität war die erste Gruppierung in der



Am 1. Mai in Basel

Zwanzig Jahre Oslo-Prozess: Eine Bestandsaufnahme

Der „Oslo-Friedensprozess“ hat vor allem die Politik der israelischen Kolonisierung und Apartheid begünstigt. Die EU und die USA stecken weiterhin Geld in die Aufrechterhaltung der Farce einer „Zweistaatenlösung“. Die palästinensische Autonomiebehörde und weite Teile der Bevölkerung in den besetzten Gebieten hängen so am Tropf der internationalen „Hilfe“. Ein Gespräch mit Ingrid Jaradat Gassner.



Ingrid Jaradat Gassner

Vor 20 Jahren, im September 1993, wurde von der PLO und Israel ein Abkommen – die Osloer Prinzipienklärung – unterzeichnet. Inwiefern haben sich Hoffnungen und Befürchtungen der PalästinenserInnen verwirklicht?

Dieses sogenannte Rahmenabkommen wurde der palästinensischen Bevölkerung als erster Schritt zur Beendigung der israelischen Besatzung und zu einem unabhängigen Staat Palästina präsentiert. Das weckte damals natürlich grosse Hoffnungen.

Dabei muss man sehen, dass dieses und die Folgeabkommen, die Mitte der 1990er-Jahre unterzeichnet wurden, alle Interimsabkommen waren, die nur fünf Jahre lang gelten sollten. Sie hätten 1998 durch ein permanentes Friedensabkommen zwischen Israel und der PLO ersetzt

werden sollen. In diesen Interimsabkommen wurden die Kernpunkte des Konflikts – die israelischen Siedlungen, der Status von Jerusalem, die palästinensischen Flüchtlinge, die Wasserrechte und die zukünftigen Grenzen sowie Sicherheitsarrangements – nur als Themen aufgelistet, die in den Friedensverhandlungen einvernehmlich gelöst werden sollten. Zugleich verpflichtete sich Israel in keinem dieser Abkommen zu einer Lösung, die einen unabhängigen palästinensischen Staat beinhalten würde.

Die Basis für die Interimsabkommen war die alte Idee einer begrenzten palästinensischen Autonomie, die schon in den Friedensverhandlungen zwischen Israel und Ägypten (Camp David 1979) diskutiert wurde. Die Oslo-Abkommen sollten diese

Idee verwirklichen. Deshalb behandelten sie hauptsächlich die Frage, welche politischen, wirtschaftlichen und sozialen Kompetenzen der neuen palästinensischen Autonomiebehörde (PA) übertragen werden sollten und in welchem Territorium diese operieren sollte. Dabei wurden alle Oslo-Abkommen von dem kolonialen, zionistischen Prinzip geprägt, dass Land und natürliche Ressourcen (z.B. Wasser) unter israelischer Kontrolle bleiben sollten, während die palästinensische Bevölkerung ausgegliedert, d.h. der Verwaltung der PA unterstellt würde.

Auf dieser Basis wurde in den 1990er-Jahren eine PA kreiert, die die Verantwortung für die Verwaltung der gesamten palästinensischen Bevölkerung in den seit 1967 israelisch besetzten Gebieten mit Ausnahme Ostjerusalems übernahm, während ihre territorialen Befugnisse auf maximal 40% (die sogenannten Zonen A und B) beschränkt und ihre Wirtschaft an Israel gebunden blieben. Israel behielt die absolute Kontrolle über den Grossteil des Gebietes und die jüdischen Siedlungen (Zone C). Darüber hinaus blieben Grenzkontrollen und die Kontrolle über das Bevölkerungsregister in israelischer Hand. Konfisziertes Land blieb ebenfalls



Tausende Einwohner des belagerten Gazastreifens nutzten 2008 Durchbrüche in der Mauer, um sich in Ägypten zu versorgen.



Protest am Sperrzaun

in israelischem Besitz, da die bestehenden Eigentumsverhältnisse aufrechterhalten wurden.

Zu dem geplanten Friedensabkommen kam es nie. Heute, 20 Jahre später, besteht die PA immer noch. Mittlerweile ist allen klar, dass es Israel mit Unterstützung der USA gelang, dank Oslo-Abkommen den Status quo, der durch die israelische Besatzungs- und Kolonisierungspolitik seit 1967 geschaffen wurde, zu legitimieren.

Die Rahmenbedingungen waren also von Anfang an negativ. Warum hat die PLO die Oslo-Abkommen denn als Erfolg präsentieren können?

Die palästinensische Verhandlungsführung musste die Abkommen als Erfolg verkaufen, um den Rückhalt der Bevölkerung zu bekommen. Das wäre ihr ohne internationale Unterstützung nicht gelungen. Es gab eine Riesewelle internationaler Euphorie, getragen von den Regierungen der USA und Europas, die den Oslo-Friedensprozess als neues diplomatisches Projekt für den Nahen Osten propagierten. International wollte man das als Erfolg verkaufen und die Medien haben unkritisch mitgezogen.

Anfangs herrschte in der Bevölkerung, aber auch in palästinensi-

schen politischen Kreisen viel Naivität. Man wollte eben an eine Dynamik in Richtung Zweistaatenlösung glauben. Die Desillusionierung liess nicht lange auf sich warten.

Der Ausweg für die PA war die Flucht in die staatliche Symbolik. Die Symbole von Staatlichkeit wurden zum Ersatz für konkrete Befugnisse: Je geringer die tatsächliche Macht, desto wichtiger wurden Ministertitel und diplomatischer Status. International bestand grosse Bereitschaft, der PA diese Symbolik zuzugestehen, um die palästinensische politische Führung bei der Stange zu halten und zu vermeiden, dass das Scheitern der Zweistaatenlösung offiziell eingestanden werden musste.

Welche konkreten Auswirkungen der Oslo-Abkommen führten zur Desillusionierung in der Bevölkerung?

Es gab grosse Erwartungen im Hinblick auf Bewegungsfreiheit. Beispielsweise hegte man die Hoffnung, dass die Checkpoints nach Jerusalem und in den Gazastreifen, die kurz zuvor im Zuge des Golfkrieges von 1990 erstmals eingeführt worden waren, aufgehoben würden. Bis dahin hatten sich PalästinenserInnen aus den besetzten Gebie-

ten – was man heute schon beinahe vergisst – frei im gesamten Gebiet des historischen Palästinas bewegen können und die meisten hatten in Israel gearbeitet.

Auch in die wirtschaftliche Entwicklung wurden hohe Erwartungen gesetzt. Man hoffte auf mehr und besser bezahlte Arbeitsplätze, auf eine industrielle Entwicklung und auf Unternehmensgründungen, auf mehr soziale Sicherheit, bessere Infrastruktur und Dienstleistungen, sodass PalästinenserInnen nicht mehr unbedingt in Israel arbeiten müssten.

Diese Hoffnungen wurden sehr schnell zerstört. Ein Hauptgrund dafür war die zunehmende Einschränkung der Bewegungsfreiheit für Menschen und Güter durch die israelische Politik der Separation, also die Trennung der israelischen und der palästinensischen Bevölkerung. Separation war ein Schlagwort des damaligen Regierungschefs Shimon Peres, der diese als Notwendigkeit für den Frieden propagierte. Das wurde anfangs auch von Teilen der palästinensischen Führung aufgegriffen: Separation, also Checkpoints und getrennte Strassen, wurden als ein Schritt in Richtung palästinensischer Unabhängigkeit interpretiert.

Doch schon die Weltbankberichte in den 1990er-Jahren zeigten eine



Fussgängerpassage an einem Checkpoint

negative Entwicklung der wirtschaftlichen und sozioökonomischen Indikatoren, die unter das Niveau von 1993 fielen. Immer mehr internationale Hilfsgelder wurden investiert, um die katastrophalen Auswirkungen israelischer Massnahmen abzufangen und den Zusammenbruch der PA zu verhindern. 20 Jahre internationaler Hilfe haben mittlerweile dazu geführt, dass sowohl die PA als auch die gesamte palästinensische Bevölkerung in den besetzten Gebieten abhängiger von auswärtiger Hilfe sind als je zuvor.

Israels Kolonisierungspolitik, vor allem der Entzug von Wasser und die Verweigerung von Baugenehmigungen in der Zone C des Westjordanlandes (israelisches Siedlungsgebiet), zwingt immer mehr Menschen, ihre Dörfer zu verlassen und in die unter PA-Verwaltung stehenden Zonen A und B abzuwandern. Das Ergebnis ist eine erzwungene Urbanisierung in den palästinensischen Ballungszentren. In diesen palästinensischen Gettos steigt der Druck auf dem Wohnungsmarkt und führt zu Spekulationen mit privaten Wohnbauprojekten. Das Ergebnis sind unmenschliche und sicherheitsgefährdende Hochhausbauten, die von westlichen Journalisten als „Bauboom“ und Indikator für wirtschaftlichen Aufschwung missverstanden werden.

Wie reagieren internationale Geldgeber auf diese negativen Auswirkungen?

Gibt es auch direkte Unterstützung für die Bevölkerung?

Das System internationaler Hilfe erfüllt primär eine Unterstützungsrolle für den Oslo-Friedensprozess. Es wurde auf dieser Basis errichtet und wird nun aufrechterhalten, um das politische Projekt der Zweistaatenlösung und damit das Fortbestehen des zionistischen Staates Israel über die Runden zu retten. Es geht also gar nicht um Palästina und die PalästinenserInnen, und deshalb wird wie gehabt weitergezahlt.

Dabei werden vor allem zwei Bereiche finanziert: die Entwicklung und Aufrechterhaltung der Institutionen und Dienstleistungen der PA (sogenanntes State Building) sowie humanitäre Hilfe, die grösstenteils über die Organisationen der UNO und NGOs abgewickelt wird, um die Verarmung der Bevölkerung zu mildern.

Natürlich weiss man, wo die Ursachen der Probleme liegen. Da aber der Rahmen des Oslo-Prozesses nicht aufgegeben werden soll und weil der politische Wille fehlt, Israels Kolonisierungspolitik Einhalt zu gebieten, wird einfach alle Hilfe an die palästinensische Bevölkerung in ein humanitäres Paket verpackt: von Nahrungsmitteln und Geldspenden über kurzfristige Arbeitsbeschaffung, Wasserversorgung, Unterstützung von Gesundheits- und Schulwesen bis hin zur Rechtshilfe für Leute, deren Land oder Häuser konfisziert oder zerstört wurden. Auch

in den Bau von Infrastruktur wird investiert, damit PalästinenserInnen Israels Vertreibungspolitik standhalten können. Letzteres scheitert aber oft daran, dass Projekte dieser Art eine Genehmigung der israelischen Behörden erfordern. Und letztlich führt dies zur Errichtung einer separaten palästinensischen Infrastruktur, die ganz im Sinne der israelischen Apartheidsplanung in den besetzten Gebieten ist.

Für Israel hat dieser zeitlich unbegrenzte „Friedensprozess“ und das damit verbundene Modell der internationalen Hilfe nur Vorteile: Israel ist die finanzielle Verantwortung für die Versorgung der palästinensischen Bevölkerung los und es kann weiterhin expandieren, Land enteignen und Siedlungsinfrastruktur errichten – alles mit dem Ziel der permanenten Kontrolle über den Grossteil der besetzten Gebiete.

Warum löst sich die PA nicht auf? Warum gibt es nicht mehr Druck seitens der Bevölkerung?

Einerseits sind sich ja von der palästinensischen Basis bis hin zur Führung der PA und der PLO alle einig, dass es an der Zeit ist, die PA aufzulösen. Andererseits ist nicht nur die PA von internationalen Geldern abhängig, sondern auch die gesamte Bevölkerung. Die PA ist der grösste Arbeitgeber und der NGO-Sektor beschäftigt die Führung der politischen Opposition. Alle erhalten nur Gelder, wenn sie weiterhin in der Farce mitspielen. Weder die PA und die PLO noch die Bevölkerung haben unabhängige Ressourcen, so dass ihr Spielraum sehr begrenzt ist.

Die Führungskrise wird ausserdem noch durch die Spaltung der PA in eine Fatah-PA in der Westbank und eine Hamas-PA im Gazastreifen verschärft. Diese Spaltung ist unter anderem auch ein Ergebnis der Oslo-Abkommen und ihrer Umsetzung. Unmittelbar nach der Schaffung der PA übernahmen PLO-Führungskräfte die leitenden Positionen in der neuen Autonomiebehörde. Die PLO, die das



Blockierte Strassenverbindung zwischen palästinensischen Stadtteilen

palästinensische Volk in seiner Gesamtheit vertritt, wurde durch eine Behörde ersetzt, die nur die Bevölkerung im Westjordanland und im Gazastreifen vertritt, und damit praktisch stillgelegt. Gemäss Oslo-Abkommen sollte die PA in diesen Gebieten demokratisch operieren: Ein Parlament wurde errichtet und es gab auch Parlaments- und Regierungswahlen.

Als dann im Jahr 2006 die Hamas die PA-Parlamentswahlen gewann, verhinderten die von Israel, den USA und der EU verhängten Sanktionen die Machtübernahme durch die gewählte Regierung und trugen so massgeblich zur Spaltung der PA bei. Seither sind die konstitutionellen Strukturen der PA lahmgelegt. Israel hält noch immer gewählte Parlamentarier in seinen Gefängnissen fest und es gibt kein funktionierendes Parlament. Das Einzige, was es gibt, sind zwei PA-Führungen. Beide beanspruchen, die alleinige legitime Vertretung zu sein, sind es aber beide schon lange nicht mehr. Seit 2007 erfolgt die PA-Gesetzgebung ausschliesslich über präsidiale Erlasse – und dies mit internationaler Unterstützung.

Welche Rolle spielt dabei die Repression? Ist gewaltfreier Widerstand ein Ansatz zu einer alternativen politischen Führung?

Verhaftungen von AktivistInnen, Verbote von Demonstrationen durch Israel oder durch die PA-Fatah und die PA-Hamas sind Routine. Diese repressiven Massnahmen verhindern aber nicht den Widerstand. Wenn es die nötige Kraft und Motivation gäbe, wüssten die Leute damit umzugehen. Schliesslich hat man damit lange Erfahrung.

Was die derzeitigen Formen von gewaltfreiem Widerstand betrifft, vor allem das Modell von Bil'in und BDS, so sind diese sicher die einzigen Initiativen, die der Passivität und Resignation innerhalb der palästinensischen Bevölkerung sowie der israelischen Kolonisierung und Unterdrückung etwas entgegensetzen.

Und dabei auch Erfolge erzielen! Zugleich verfolgen sie als Initiativen und Kampagnen aber auch konkrete, abgegrenzte Ziele. Die BDS-Kampagne zum Beispiel hat das Ziel, Israels Kolonisierung und Apartheidspolitik international zu isolieren, um die politischen Kräfteverhältnisse so zu verändern, dass die Rechte aller PalästinenserInnen – in den besetzten Gebieten, in Israel und jene der Flüchtlinge im Exil – respektiert werden.

„Popular Resistance“ gegen die Mauer sowie die BDS-Kampagne bilden jedoch keine Alternative zu politischen Bewegungen oder Parteien mit umfassenden politischen Zielen, Strategien und Programmen. Ausserdem werden die Kampagnen von der Zivilgesellschaft geführt, die begrenzte Möglichkeiten der Einflussnahme auf die politische Führung hat. Es gibt derzeit kein Forum für eine offene Debatte und eine demokratische Entscheidungsfindung über nationale Ziele, Strategien und Programme. Weder die PLO noch die politischen Parteien haben funktionierende und repräsentative Institutionen, die für alle PalästinenserInnen sprechen könnten. Es gibt nur eine gesplante PA-Führung, die niemanden ausser sich selbst repräsentiert.

Das heisst nicht, dass gewaltfreie zivilgesellschaftliche Initiativen und Kampagnen des Widerstands keine wichtige Rolle spielen. Es heisst nur, dass sie keinen Ersatz für eine alternative politische Führung darstellen und dass die neuen politischen Ansätze und Ideen, die sie vertreten, nur langfristig und auf Umwegen politischen Einfluss nehmen können.

Wie steht es da mit der Forderung nach dem Recht auf Rückkehr der Flüchtlinge? Ist das noch ein Thema?

Ja, natürlich, und das wird sich auch nicht ändern. Das erstarkte Bewusstsein über die Bedeutung dieser Forderung ist auch eine Folge der gescheiterten Oslo-Friedenspolitik.

Wenn es in den 1990er-Jahren zu einem Friedensvertrag und einem palästinensischen Staat in den besetzten Gebieten gekommen wäre, und zwar im Austausch für die Rechte und Ansprüche der palästinensischen Flüchtlinge von 1948, dann wäre das von der Bevölkerung in den besetzten Gebieten vermutlich auch akzeptiert worden. Von den Flüchtlingen wohl nicht, aber die Frage ist, was sie hätten tun können.

Unterdessen hat sich die Situation völlig geändert. Israel hat alles getan, um allen vor Augen zu führen, dass es nicht daran denkt, sich aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen – und alle, Flüchtlinge oder nicht, sehen sich einem System von Kolonialismus und Apartheid gegenüber. Heute kann keine palästinensische Führung öffentliche Statements abgeben, in denen das Recht auf Rückkehr nicht bestätigt wird. Israels politische Führung beschäftigt sich obsessiv mit dem jüdischen Charakter des Staates. Sie fordert, dass das „Recht“ Israels, die ursprüngliche Bevölkerung des Landes systematisch zu diskriminieren, auch international anerkannt wird. Dadurch wird der rassistische Charakter des zionistischen Programms offenkundig. Dies wiederum bestärkt die Überzeugung der PalästinenserInnen, dass ihre völkerrechtlich anerkannten Menschenrechte unteilbar sind und dass das Recht auf Rückkehr der Flüchtlinge für die Forderung nach Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit steht, ohne die es keinen Frieden mit Israel geben kann.

Ingrid Jaradat Gassner lebt seit 1988 in Palästina, wo sie derzeit die Öffentlichkeitsarbeit des palästinensischen NGO-Bündnisses Civic Coalition for Palestinian Human Rights in Jerusalem koordiniert. Sie ist Gründungsmitglied und ehemalige Leiterin (1998–2011) von Badil, einer NGO, die sich für die Rechte der palästinensischen Flüchtlinge einsetzt, und Mitbegründerin der palästinensischen BDS-Kampagne.

„Roadmap to Apartheid“: Ein Film, der unter die Haut geht

Peter Hänger

Ana Nogueira und Eron Davidson, sie eine weisse Südafrikanerin, er ein jüdischer Israeli, haben einen Film geschaffen, der unter die Haut geht. „Roadmap to Apartheid“ zeigt die Analogien zwischen dem einstigen rassistischen Südafrika und dem heutigen Israel/Palästina auf. Der Film, der letztes Jahr mehrfach in den USA und Südafrika ausgezeichnet wurde, verdient es, einem breiten Publikum gezeigt zu werden.



Der Titel des Films ist ein Wortspiel, das sich auf die „Roadmap to Peace“ bezieht. Ausgerufen 2003 vom sogenannten Nahost-Quartett (USA, EU, Russland und UN), sollte dieser Friedensplan den Weg zur Zweistaatenlösung weisen. Statt die Siedlungstätigkeit in der Westbank jedoch einzufrieren, wie im Abkommen vereinbart, ist diese seither von den israelischen Regierungen forciert worden. In den vergangenen zehn Jahren hat die Zahl der jüdischen Siedler/innen im Westjordanland denn auch um knapp 100'000 Menschen zugenommen. Überdies haben die israelischen Sperranlagen das palästinensische Gebiet dermassen zerstückelt, dass eine Zweistaatenlösung längst nicht mehr denkbar ist.

„Apartheid“ ist gemäss Jeff Halper vom Israeli Committee against House Demolitions der perfekte Begriff, um die Situation in Israel/Palästina zu beschreiben. Apartheid, so der im Film interviewte Menschenrechtsaktivist, bedeute nichts anderes als „die Teilung einer Be-

völkerung, sodass eine Gruppe die andere dauerhaft und institutionalisiert beherrschen“ könne. Apartheid heisst aber auch Enteignung der einheimischen Bevölkerung und Landraub durch eine Siedlergesellschaft. Eine weitere Analogie zwischen dem einstigen Südafrika und dem heutigen Israel/Palästina sind die paradoxen und zynischen Bezeichnungen für die Unterdrückten: Während die Rassisten in Südafrika von den Schwarzen als „Foreign Natives“ sprachen, wurden Palästinenser, die 1948 aus ihren Dörfern vertrieben worden waren, aber innerhalb der Grenzen des Staates Israels verblieben, in der israelischen Gesetzgebung von 1950 als „Present Absentees“ bezeichnet. Das bedeutet: Die so apostrophierten Menschen halten sich zwar real in Israel auf, die Rückkehr in ihre Heimatdörfer wird ihnen aber verwehrt. Rechtlich wurden diese Binnenflüchtlinge als „abwesend“ erklärt, damit ihr Land von der Regierung für jüdische Siedlungszwecke konfisziert werden konnte.

Die Gesprächspartner/innen der Filmemacher sind jüdische und palästinensische Menschenrechtsaktivist/innen, aber auch Gegner und Gegnerinnen des rassistischen Regimes in Südafrika, so beispielsweise Eddie Makue, ehemaliger Generalsekretär des südafrikanischen Council of Churches, und der weisse Journalist Allister Sparks. Eindrücklich stellen die Autoren Bilder der Unterdrückung und Gewalt aus Südafrika und Israel/Palästina nebeneinander. Die Bilder gleichen sich aufs Haar: Checkpoints und demütigende Ausweiskontrollen, prügelnde und schießende Soldaten, geprügelte und erschossene Menschen, gepanzerte Fahrzeuge, die gegen Zivilisten auffahren, Tränengaspetarden etc. Der einzige Unterschied: In Südafrika wurden die Townships nie von Kampfflugzeugen bombardiert wie etwa der Gazastreifen von der israelischen Luftwaffe.

Die Welt der jüdischen Siedler/innen in den besetzten Gebieten wird als eine reiche, geordnete und militärisch bestens bewachte Erste Welt gezeigt; die Welt der Palästinenser/innen hingegen als eine benachteiligte, verarmte Dritte Welt. Die Bilder erinnern an die verelendeten schwarzen Townships einerseits und die begrünnten weissen Villenviertel in den südafrikanischen Vorstädten mit zahllosen Swimmingpools andererseits. Die Zuschauer erfahren, dass es in den besetzten Gebieten Highways gibt, die nur von jüdischen Israelis befahren werden dürfen, während die Palästinenser/innen zahllose Umwege nehmen und ermüdende Kontrollen über sich ergehen lassen müssen, um ins nächste Dorf zu gelangen. Weiter erfährt man, dass in den besetzten Gebieten zwei Rechtssysteme gelten: das israelische Zivilrecht für die jüdischen Siedler/innen und das israelische Militärrecht für die palästinensische Bevölkerung.

Aufschlussreich sind die immer wieder eingeblendeten Zitate von Exponenten der Apartheid und des Zionismus, die an Klarheit nichts vermisse-

sen lassen. „Die Juden nahmen den Arabern Israel weg“, so der einstige Chefdenker der südafrikanischen Apartheid, Hendrik F. Verwoerd. Seine Folgerung: „Israel ist ein Apartheidstaat wie Südafrika.“ Dass es Israels politischer Führung in der Tat nie um die Schaffung zweier separater Nationalstaaten auf der Grundlage ethnischer Zugehörigkeit ging, sondern vielmehr um eine Bantustanisierung der palästinensischen Gebiete, offenbart ein Wort von Ariel Sharon aus dem Jahre 1973: „Wir machen ein Pastrami-Sandwich aus ihnen. Wir schieben einen Streifen jüdischer Siedlungen zwischen die Palästinenser, dann noch einen Streifen jüdischer Siedlungen durch das Westjordanland, sodass in 25 Jahren niemand, weder die UN noch die USA, sie wieder auseinandernehmen kann.“

Der Film von Nogueira und Davidson beleuchtet aber nicht nur die Situation in den besetzten Gebieten, sondern zeigt auch die alltägliche Diskriminierung und systemati-



sche Benachteiligung der arabischen Israelis innerhalb der völkerrechtlich anerkannten Grenzen des jüdischen Staates auf. Da gibt es zwar keine „Petty Apartheid“, d.h. Araber und Juden können dieselben Restaurants besuchen und in denselben Kinos sitzen. Aber die „Grand Apartheid“ und damit die Kontrolle über Ressourcen durch die herrschende ethnische Gruppe ist effektiv durchgesetzt. In vielen Bereichen des Lebens wie Ausbildung, Arbeit und Besitz von Land werden palästinensische Bürger/innen Israels völlig anders behandelt als die bevorzugten jüdischen Bürger/innen.

Der Film macht klar, dass es sich sowohl beim rassistischen Südafrika als auch beim jüdischen Staat Israel um einen historischen Anachronismus handelt. Nach dem Zweiten Weltkrieg, als der weltweite Entkolonialisierungsprozess an Fahrt gewann, setzte die weisse Minderheit in Südafrika auf Rassentrennung, um ihre Macht abzusichern. Mit der Gründung des Staates Israel wiederum etablierte sich ein kolonialer Siedlerstaat europäischen Ursprungs, der die Rechte der einheimischen Bevölkerung verneinte. So gesehen stellt der Kampf der Palästinenser/innen den letzten antikolonialen Kampf von Bedeutung dar.

Wie kann nun dieser Kampf von Aussen unterstützt werden? Auch darauf gibt der Film von Nogueira und Davidson eine Antwort. Ins Bild rücken nun Aktivisten der weltweiten BDS-Kampagne (Boycott, Desinvestition, Sanktionen) wie Omar Barghouti. Die BDS-Kampagne, lanciert von palästinensischen NGOs, will erreichen, dass Israel endlich das Völkerrecht einhält. Vorbild ist der weltweite Boycott des Apartheidregimes in Südafrika. Barghouti betont im Film, dass die BDS-Kampagne gegen Israel weit schneller Akzeptanz in der weltweiten Öffentlichkeit findet als einst ähnliche Bestrebungen gegen das Rassistenregime in Südafrika.

Als Erzähler im Hintergrund des Films wirkt Alice Walker, eine afro-



amerikanische Schriftstellerin und politische Aktivistin, die mit dem Roman „The Colour Purple“ berühmt geworden ist. Gewidmet ist der Film Dennis Brutus, dessen Lebensgeschichte die Zuschauer nicht hoffnungslos zurücklässt. Als Sohn südafrikanischer Eltern im damaligen Südrhodesien geboren, kämpfte Brutus zeitlebens gegen die Apartheid. Beispielsweise forderte er eine gemischte Olympiamannschaft seines Landes. 1963 wurde er zu 18 Monaten Zwangsarbeit auf Robben Island verurteilt. 1966 konnte er nach Grossbritannien und später in die USA auswandern, wo er an verschiedenen Universitäten Englische Literatur lehrte und als Schriftsteller tätig war. Nach der Freilassung Nelson Mandelas und kurz vor dem Ende des Apartheidregimes war es ihm vergönnt, wieder in sein Heimatland zu reisen.

Hinweise:

Weitere Vorführungstermine siehe

www.palaestina-info.ch

Weitere Informationen zum Film:

www.raodmaptoapartheid.org

DVD à Fr. 30.- bestellen unter

info@palaestina-info.ch

Für Vorführungen in privatem oder (halb) öffentlichem Rahmen besorgen wir gern eine Kopie der DVD und vermitteln bei Bedarf Referent/innen.

Der innere Feind

Jenny Bolliger

Seit einigen Jahren werden zivilgesellschaftliche Organisationen in Israel immer stärker angefeindet. Ihre Arbeit wird delegitimiert und kriminalisiert.

„Nichtregierungsorganisationen gelten“, so EDA-Sprecher Farago¹, „als wichtiger Pfeiler der Förderung der Menschenrechte und des Friedens und dienen in demokratischen Staaten als zivilgesellschaftliche Kontrollinstanzen des Staates.“ Je vielfältiger die zivilgesellschaftlichen Organisationen, desto partizipativer und sicherer ist eine Demokratie. Gerade in Konfliktregionen kommt der Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle in der Konfliktbeilegung zu, verfügt sie doch über Know-how und Ressourcen, die unabhängig von politischen Agenden wirken können.

Loyalitätsbeweise

Seit ein paar Jahren lässt sich in Israel ein Demokratieverlust feststellen, der sich auch in neuen Gesetzesvorlagen niederschlägt. Damit sollen Stimmen zum Schweigen gebracht werden, die nicht die offizielle Meinung wiedergeben. Für den Geschäftsführer der israelischen Organisation für Bürgerrechte (Acri), El Ad², lassen sich dabei drei Tendenzen erkennen: Erstens wird die Arbeit regierungskritischer Organisationen erschwert. Ausländische Finanzquellen müssen offengelegt werden und es wird erwogen, diese ganz zu verbieten oder zu begrenzen. Mangelnde Loyalität gegenüber dem Staat soll sanktioniert werden. Neue Bestimmungen erlauben bereits heute zivilrechtliche Verfahren gegen Organisationen, die den Boykott israelischer Güter unterstützen. Zweitens gibt es Bestrebungen, die Unabhängigkeit des Obersten Gerichtshofs einzuschränken, der manchmal unliebsame Urteile fällt und damit öffentliche Kontroversen provoziert. Drittens werden die palästinensischen Staatsbürger ver-

mehrt zu Loyalität gegenüber dem „jüdischen Staat“ aufgefordert. Gedenkveranstaltungen zur Nakba, der Vertreibung des Grossteils der PalästinenserInnen 1948, dürfen keine öffentlichen Gelder erhalten. Ein weiteres neues Gesetz erlaubt Städten und Gemeinden, NeuzuzügerInnen abzuweisen, die nicht den Vorstellungen einer Auswahlkommission entsprechen.

Regierungsfeindlichkeit

Seit seiner Gründung betrachtet der Staat Israel Konfliktlösung ausschliesslich als Sache von Regierung und Militär. Aktivitäten der Zivilgesellschaft galten als regierungsfeindliche Propaganda, wurden je nach politischer Situation aber geduldet, weil die Zahl der AktivistInnen immer sehr klein war. Parteien waren die einzigen Gefässe, in denen BürgerInnen ihre Meinungen äussern konnten. Heute werden Friedensorganisationen von hochrangigen PolitikerInnen öffentlich als „strategische Bedrohung“³ oder als zu „eliminierender Virus“⁴ beschimpft. Die Bevölkerung teilt weitgehend diese Haltung. In einer Umfrage des israelischen Demokratieinstituts⁵ bejahte 2010 die Hälfte der befragten Personen die Aussage, dass Menschenrechtsorganisationen wie B'tselem und Acri dem Staat Schaden zufügen. Den Friedensorganisationen wird vorgeworfen, mit dem Feind zusammenzuarbeiten oder ein Feind des Volkes zu sein. Andere werfen der Friedensbewegung auch vor, zu apathisch, in-existent oder ängstlich zu sein. Heute gehen mediale Hetzkampagnen gegen Organisationen und einzelne Mitglieder mit Verhaftungen und Prozessen von AktivistInnen einher.

Insbesondere seit dem Gazakrieg 2008 und der internationalen Friedensflotilla hat sich die Stimmung zugespitzt. Viele Israelis sehen die Zusammenarbeit israelischer Friedensorganisationen mit internationalen NGOs und insbesondere mit der Fact Finding Mission der UNO zum Gazakrieg als Verrat an und führen die zunehmende internationale Isolation Israels darauf zurück.

Bedrohungsbilder

Das Schüren der Angst vor existenziellen Bedrohungen hat das Thema Sicherheit wieder zuoberst auf die politische Agenda manövriert. Der israelische Psychologe Carlo Strenger⁶ sieht darin den Grund für das Erstarren der Rechten. Ein weiteres Ergebnis des Instituts für Demokratie lässt dabei aufhorchen: Viele Israelis sind heute bereit, eine gewisse Einschränkung demokratischer Werte hinzunehmen, um Recht und Ordnung durchzusetzen.⁵ In einem als Bedrohung wahrgenommenen Umfeld werden Einheit und Einigkeit als überlebensnotwendig betrachtet. Meinungsfreiheit, Menschenrechtsthemen und friedliche Konfliktlösungsansätze werden auch in Zukunft davon abhängig sein, wie die aktuelle Bedrohungslage von der Gesellschaft interpretiert wird.

Der Artikel fasst Ergebnisse meiner Masterarbeit in Peace Studies, 2011, zusammen.

Quellenangaben

- 1 In Schneitter, 18.11.2011, www.tachles.ch
- 2 Vortrag von Hagai El Adin in Jerusalem, Oktober 2011
- 3 Adalah u.a. israelische Menschenrechtsorganisationen, Position Paper: Government-Backed Legislation Curtailing Foreign Funding Seeks to Undermine Civil Society in Israel, 2010, www.phr.org.il
- 4 Shelef, 18.02.2010 auf www.peacenow.org
- 5 Demokratieindex des Israeli Democracy Institut und The Guttman Center 2010, S. 128 und S. 133, www.idi.org.il
- 6 Carlo Strenger: Netanyahu's Partners, Democracy's Enemies, 16.09.2011, www.nytimes.com

Israelische Landwirtschaftsgüter: Verbot oder Deklaration?

Birgit Althaler

Die internationale Kampagne für Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS) gegen Israel ruft zum Boykott israelischer Landwirtschaftsprodukte auf. Denn Agrarunternehmen spielen eine wichtige Rolle bei der Verdrängung der palästinensischen Bevölkerung. Die korrekte Herkunftsdeklaration für landwirtschaftliche Erzeugnisse greift als Antwort zu kurz.

Die EU bemüht sich in den letzten Jahren verstärkt um transparente Regeln zur Kennzeichnung von Siedlungsprodukten. Auch das schweizerische Bundesamt für Gesundheit drängt auf eine solche Kennzeichnung. Damit ist ein erster Schritt in Richtung Transparenz getan. An den völkerrechtswidrigen Praktiken Israels ändert dies aber nichts.

Israel macht aus seiner Kolonisierungspolitik kein Hehl und fördert gezielt die Ansiedlung von Personen und Betrieben in den besetzten Gebieten. Diesen steht die gesamte staatliche Infrastruktur zur Verfügung. Bei der Aneignung von Land, der Vertreibung der Bevölkerung und der Zerstörung der palästinensischen Landwirtschaft spielen Agrarexporteure eine wichtige Rolle. Weder die Unternehmen selbst noch der Staat unterscheiden grundsätzlich zwischen besetzten Gebieten und Israel, solange ihnen kein finanzieller Nachteil daraus erwächst.

Symptombekämpfung

Obwohl Israels Politik in den besetzten Gebieten völkerrechtswidrig ist, unterlassen es die westlichen Staaten, auf deren Beendigung zu drängen. Sie beschränken sich weitgehend auf die finanzielle Abfederung der Folgen durch humanitäre Hilfe – meist geknüpft an die Bedingung, auf Widerstand zu verzichten. Politisch verschanzt sich die Staatengemeinschaft hinter dem Ansatz, den Konflikt durch bilaterale Verhandlungen beizulegen, und toleriert damit ange-

sichts völlig asymmetrischer Machtverhältnisse die aggressive Expansionspolitik Israels.

Das Drängen auf korrekte Herkunftsbezeichnungen kann vor diesem Hintergrund als Versuch interpretiert werden, einen Unrechtszustand zu regulieren. Im 2005 erstellten Gutachten zur Mauer fordert der Internationale Gerichtshof die Staatengemeinschaft auf, alles zu unterlassen, was die Siedlungspolitik und den Mauerbau in den besetzten Gebieten unterstützt, und konkrete Schritte zur Beendigung der Unrechtssituation zu unternehmen. Anstatt Sanktionen gegen Israel zu verhängen und die Einfuhr von Siedlungsgütern zu verbieten, begnügen sich EU und EFTA damit, der Illegalität der Besetzung einen legalen Anstrich zu verleihen – in etwa so, als toleriere man die Ausbeutung von Kinderarbeit mit dem verschämten Hinweis: Made by hands of children.



Intransparente Kennzeichnung als Ausdruck eines Dilemmas: Wer kennt schon diese Orte?

Unternehmerische Verantwortung

Eine weitere Schwäche des momentanen EU-Ansatzes ist, dass er auf Einzelprodukte zielt statt auf Unternehmen. Israelische Agrarexporteure wie Agrexco, Mehadrin und Hadiklaim nutzen dies aus, indem sie als Herkunftsort für ihre Waren einen Firmensitz in Israel angeben oder Siedlungsgüter mit in Israel hergestellten Gütern vermischen, um sie weiterhin als Made in Israel vermarkten zu können. In einem Bericht an die UNO-Vollversammlung fordert Richard Falk, Sonderbeauftragter der Vereinten Nationen für die besetzten Gebiete, explizit den Abbruch von Geschäftsbeziehungen zu Unternehmen, die von israelischen Völkerrechtsverletzungen profitieren.

In einer Anfang Jahr veröffentlichten Studie zeigen palästinensische Landwirtschaftsorganisationen, welche Rolle die Agrarunternehmen bei der Verdrängung der palästinensischen Bauern spielen, und betonen ihr Recht auf Land und Nahrungssouveränität. Sie rufen zum Boykott israelischer Agrarexporteure auf. In der Schweiz fokussiert die BDS-Kampagne auf Coop und Migros. 13'000 Personen haben einen Appell unterzeichnet, der die Grossverteiler auffordert, den Handel mit landwirtschaftlichen Produkten aus Israel einzustellen, solange Israel das Völkerrecht verletzt. Die britische Lebensmittelkette Co-op hat sieben Unternehmen, die von der Besetzung profitieren, wegen ihrer Mitverantwortung aus der Lieferantenliste gestrichen. Ein solcher Beschluss wäre auch für die Schweiz ein wichtiger Schritt. Längerfristig fordert BDS Schweiz aber die völlige Einstellung des Handels mit israelischen Firmen: einerseits wegen der engen wirtschaftlichen und politischen Verflechtung von israelischem Kernland und besetzten Gebieten, andererseits, weil Israel die PalästinenserInnen auch innerhalb der Grenzen von 1948 vertreibt und diskriminiert und die Aussicht auf eine friedliche Beilegung des Konflikts nur besteht, wenn diese Logik überwunden werden kann.

Impressum

Palästina-Info Sommer 2013, Auflage 2000

Herausgeberin: Palästina-Solidarität Region Basel, Postfach 4020, 4002 Basel

Layout: Georg Iliev

www.palaestina-info.ch

info@palaestina-info.ch

Besten Dank für Ihre Spenden auf PC 40-756856-2



Nein zum Kauf israelischer Drohnen

Dieser Ausgabe liegt die Petition an den Bundesrat gegen den geplanten Kauf israelischer Drohnen bei. Diese Drohnen wie andere Produkte der israelischen Rüstungsindustrie werden aus jahrzehntelanger Erfahrung der Besatzung und Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung entwickelt. BDS Schweiz wehrt sich gegen die Finanzierung dieser israelischen Politik mit Schweizer Steuergeldern und ruft alle Organisationen und Privatpersonen auf, die Petition zu unterstützen.

Das nächste Palästina-Info wird eine Sondernummer zur israelischen Rüstungs- und Sicherheitsindustrie und erscheint im Herbst.

► Online unterschreiben: www.change.org/de/Petitionen/nein-zum-kauf-von-drohnen-aus-israel

Weitere Unterschriftenbogen unter www.bds-info.ch

Hohe Bussen bei Protesten gegen Lieberman

Im April 2012 empfing Bundesrat Didier Burkhalter den israelischen Aussenminister Avigdor Lieberman, der für seinen antiarabischen Rassismus bekannt ist und damit prahlt, in einer nach Völkerrecht illegalen Siedlung im Westjordanland zu wohnen. Gegen den Besuch wurde auf dem Bundesplatz demonstriert. Nachdem kurzfristig bekannt wurde, dass das Arbeitstreffen im Von-Wattenwyl-Haus stattfinden würde, zog ein Teil der Protestierenden dorthin. Die Polizei reagierte schnell und erschien in Kampfmontur. Die Demonstrierenden traten in einen Sitzstreik, ein Teil liess sich wegtragen. Obwohl der Protest vollkommen friedlich verlief, erhielten die Teilnehmenden hohe Bussen von bis zu 1400 Franken. Der Polizeieinsatz und die Höhe der Bussen zeigen die Komplizenschaft mit Hardlinern des israelischen Regimes, sind aber auch Ausdruck der repressiveren Haltung der Berner Behörden gegen (spontane) Protestaktionen.

Die beteiligten Personen und Organisationen werden den Kontakt zu anderen Gruppen suchen, die sich gegen die zunehmende Repression wehren, um gemeinsam gegen diese Verschärfungen zu protestieren.

Frühkartoffeln aus Israel

Ab Frühjahr bieten Coop, Migros und andere Läden bevorzugt Frühkartoffeln aus Israel und Ägypten an. BDS Schweiz und die Gesellschaft Schweiz Palästina haben ein gemeinsames Flugblatt verfasst, in dem sie auf die ungerechte Wasserverteilung und die Problematik der Landkonfiszierungen und Vertreibungen im Naqab/Negev hinweisen, wo die Kartoffeln produziert werden.

► **Flugblatt** unter www.bds-info.ch ausdrucken, verteilen, in die Kartons im Laden streuen, an Kundendienste schreiben



Stephen Hawking boykottiert Konferenz

Immer wieder gelingt es der BDS-Bewegung, berühmte Persönlichkeiten für den Boykott von Veranstaltungen israelischer Institutionen zu gewinnen. Jüngstes Beispiel ist der bekannte amerikanische Physiker Stephen Hawking, der sich hinter das Anliegen der Palästinensischen Kampagne für akademischen und kulturellen Boykott (Pacbi) gestellt und seine Teilnahme an einer Konferenz abgesagt hat, zu der der israelische Staatspräsident Shimon Peres einlädt. In den Medien wurde darüber berichtet.

► BDS im Netz

www.bds-info.ch

www.bdsmovement.net

www.pacbi.org

BDS Schweiz (zurzeit in Überarbeitung, ab Herbst wieder brandaktuell)

BDS international mit Newsletter

Pacbi (Akademischer und kultureller Boykott)

Konferenzen

Unter dem Motto „Für einen gemeinsamen demokratischen Staat für alle seine Bürger“ fand in Stuttgart im Mai die zweite Palästina-Solidaritätskonferenz mit einer Reihe von spannenden Referaten von Joseph Massad, Richard Falk, Ilan Pape u.v.m. statt. Im Zentrum stand die Diskussion über alternative Wege zur Überwindung des Apartheidstaates, den Israel im historischen Palästina errichtet hat.

► Berichte, Referate:

www.palaestinakomitee-stuttgart.de

Dort gibt es auch einen Link zu den Videoaufzeichnungen auf Public Solidarity.

Um „Völkerrechtliche Optionen und Strategien für das palästinensische Volk“ ging es an einer Konferenz am Institute of Law der Universität Birzeit. Ausgangspunkt war die Feststellung, dass der auf internationaler Ebene vorherrschende Ansatz in der Palästinafrage („Friedens“diplomatie und humanitäre Hilfe), unzureichend ist, um dem tatsächlichen Charakter des israelischen Regimes gegenüber den Palästinensern adäquat zu begegnen. Notwendig seien neue völkerrechtliche Instrumente wie auch eine neue Sprache.

► Konzeptpapier: http://lawcenter.birzeit.edu/iol/en/conEdu/legal_encounters/2013/621_1.pdf



Zeitschrift Neue Wege

(Beiträge zu Religion und Sozialismus), Juni 2013

Schwerpunkt: **Die arabische Revolution und die Religion**

Beiträge u.a. von

– Arnold Hottinger im grossen Interview

– Susanne Schanda über die ägyptische Schriftstellerin und Feministin Sahar al-Mougy, ihre Befreiungen und die Rebellion – Viola Raheb, Palästina, über ChristInnen im Nahen Osten und Bürgerrechte für alle inmitten der politischen Umbrüche

– Uri Shani, Israel, über Gesichter von Religion und Macht – Inszenierungen in Israel

► Probenummer und Informationen:

Administration Neue Wege, Postfach 652, 8037 Zürich, Tel. 044 447 40 46, info@neuewege.ch